

Nordrhein-Westfalen

Landtag

intern

8

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 25.6.2002



Beispiel deutsch-jüdischer Verständigung ist das Projekt am Drususplatz in Neuss. Hier entsteht im alten Landestheater ein Zentrum für die inzwischen auf mehrere hundert Mitglieder gewachsene jüdische Gemeinde der Stadt. In der bis vor zwei Jahren genutzten Spielstätte des Landestheaters sollen eine Synagoge, Schul- und Veranstaltungsräume sowie später eventuell auch ein Kindergarten entstehen; der dazu ausgeschriebene Architektenwettbewerb steht kurz vor der Entscheidung. Die Stadt Neuss hat das Grundstück zur Verfügung gestellt; die örtlichen Parteien im Stadtrat und die Kirchen tragen das Projekt voller Engagement. Das Land hat für das kommende Jahr Fördermittel zugesagt. Auch im Landtag steht das Thema auf der Tagesordnung. So werden von den Fraktionen vorgelegte Anträge beraten, in denen unter anderem der Bau von Synagogen nachdrücklich unterstützt wird. Unser Bild: Esra Cohn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf (zu der Neuss wie etwa Leverkusen und Hilden gehören) im Eingang des Landestheaters.

Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

Entsorgung Seite 3

Die Höhe der Gebühren und die Frage nach Senkungsmöglichkeiten waren Thema einer Anhörung im Umweltausschuss.

Frauenmesse Seite 5

Der ersten Frauenmesse in Essen stattete der Ausschuss für Frauenpolitik einen Informationsbesuch ab.

„Silversurfer“ Seite 7

Ältere Menschen verlieren ihre Vorbehalte gegen die Neuen Medien. Das Surfen im Internet kann ihnen Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit verschaffen.

Restaurierung Seite 8/9

Ein Jahrhundertwerk ist im westfälischen Soest in Arbeit: Die Rettung der vom Verfall bedrohten Türme der Wiesenkirche.

Maßregelvollzug Seite 11

In dritter Lesung hat der Landtag Änderungen am Maßregelvollzugsgesetz beschlossen.

Wort und Widerwort:

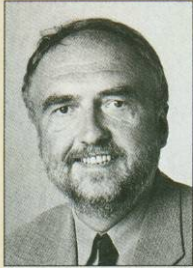
Wie muss eine Finanzreform für unsere Städte und Gemeinden gestaltet werden?

Angesichts der wachsenden Finanznöte der Städte und Gemeinden (und auch des Landes) ist unumstritten: Das ganze Geflecht der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden gehört auf den Prüfstand. Diese Reform benötigt ihre Zeit, aber die Kommunen brauchen rasch Hilfe und Erleichterung. Wie das gelingen könnte, erörtern die vier Fraktionen.

(Seite 2)

Von Dr. Axel Horstmann (SPD)

Die erratischen Schwankungen des Gewerbesteueraufkommens haben inzwischen zu Einigkeit darüber geführt, dass wir eine Verstärkung der kommunalen Einnahmen brauchen. Die Infrastrukturverantwortung der Städte und Gemeinden verlangt eine planbare Finanzentwicklung. Aber auch ein höheres Niveau der kommunalen Einnahmen ist erforderlich, denn die Investitionsschwäche bedroht die Entwicklung vieler Städte und der Binnenwirtschaft.



Die Steuereinnahmen der Gemeinden sollten einen Bezug zur örtlichen Wirtschaftskraft behalten, damit ein kommunales Interesse an ihrer Förderung besteht. Das schließt auch eine Lastverschiebung auf die privaten Haushalte aus. Es macht Sinn, dass das kommunale Steueraufkommen je zur Hälfte von

Unternehmen und Bürgern aufgebracht wird.

Wir favorisieren die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer durch Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen und Ausdehnung ihrer Bemessungsgrundlagen. Denn die Fehlkonstruktion der derzeitigen Gewerbesteuer liegt in ihrer einseitigen Abhängigkeit von den Gewinnen weniger großer Unternehmen, die von der damaligen Regierung Kohl durch Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer auf die Spitze getrieben wurde. Aber auch die Grundsteuer braucht eine Reform. Die Bewertung des Grundbesitzes sollte insgesamt zeitnäher erfolgen und ist vor allem bei baureifen Grundstücken oft unrealistisch niedrig. Es ist auch stadtentwicklungspolitisch interessant, den Anreiz für die wirtschaftliche Nutzung solcher Grundstücke zu vergrößern. Zu einer Reform der Finanzierung der Gemeinden gehört auch, es ihnen zu ermöglichen, sich stärker auf ihre Selbstverwaltungsaufgaben zu konzentrieren. Die SPD-Fraktion hat „Eckpunkte zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise in NRW“ vorgelegt.

Von Franz-Josef Britz (CDU)

Die Lage der Kommunalfinanzen wird immer dramatischer und droht in eine Existenzkrise der Kommunen auszuarten. Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben der Kommunen müssen im Rahmen einer umfassenden Gemeindefinanzreform auf den Prüfstand.



Eine umfassende Gemeindefinanzreform soll die im Grundgesetz verankerte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen gewährleisten, ihre Finanzkraft dauerhaft auf eine solide Grundlage stellen und den Gemeinden berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen erschließen.

Die Gemeindefinanzreform muss die Kommunen von staatlichen Lasten befreien, denn Bund und Land haben in den vergangenen Jahren staatliche Aufgaben und deren Finanzierung auf die Kommunen verlagert, wie z. B. in den Bereichen Krankenhausfinanzierung, Unterhaltsvorschuss, Eingliederungshilfe für Behinderte, Kindergeld und zudem ab 1. Januar 2003 die Finanzierung der Grundsicherung. Daneben sind die Sozialausgaben in den Kommunen in den vergangenen Jahren um 30 Prozent gestiegen.

Neue finanzielle Belastungen der Kommunen, etwa im Bereich der Ganztagsbetreuung schulpflichtiger Kinder, dürfen nicht eingeführt werden. Um das sicherzustellen, ist das Konnexitätsprinzip (Wer

bestellt, bezahlt) verfassungsrechtlich zu verankern. Die CDU-Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag auf Änderung der Landesverfassung im Landtag eingebracht.

Als finanzpolitische Sofortmaßnahme ist außerdem angesichts der hohen Steuerausfälle umgehend die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 Prozent auf 30 Prozent wieder rückgängig zu machen.

Wie muss eine Finanzreform für unsere Städte und Gemeinden gestaltet werden?

Von Ingo Wolf (FDP)

Gemeindefinanzierung nach dem in NRW praktizierten Stellschraubenprinzip hat ausgedient. Das kontinuierliche Ausbluten der



Finanzen in den Gemeinden, Städten und Kreisen beweist, dass eine grundlegende Neuordnung der gesamtstaatlichen Finanzierung zwischen den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden unumgänglich ist. Wir brauchen eine Abkehr vom System der kollektiven Unverantwortlichkeit — durch Entmischung der Aufgaben-

zuständigkeiten und Finanzströme. Die auf die Kernaufgaben reduzierten staatlichen Kompetenzen müssen mit einem kommunalen Schwerpunkt auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden. Dem hat nach dem Konnexitätsprinzip eine eigene Einnahmekompetenz jeder Ebene unter weitestgehender Aufhebung von Mischfinanzierungstatbeständen zu folgen. Bundessteuern für Verteidigung, Landessteuern für Bildung und die Einführung einer eigenen „Kommunalsteuer“ durch ein Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer sind unabdingbar. Die Gemeinden erhalten damit eine stetige, planbare und wirtschaftskraftbezogene Einnahmequelle ohne den Achterbahncharakter einer antiquierten und deshalb abzuschaffenden Gewerbesteuer. Eine solche „große“ Gemeindefinanzreform ist einzubinden in das FDP-Steuertarifmodell 15%/25%/35%, um endlich die Steuer- und Abgabenlast der Bürger nachhaltig zu reduzieren. Dieses ehrgeizige Ziel ist allerdings nur durch konsequentes Abspecken der staatlichen Aufgaben und Ausgaben erreichbar. Wer hier zu spät kommt, der wird bestraft durch anhaltende Konjunkturlaute und fortdauerndes Einbrechen der Steuereinnahmen.

Von Ewald Groth (GRÜNE)

Das finanzielle Fundament der Kommunen, nicht nur in NRW, ist in den letzten 30 Jahren zunehmend brüchiger geworden. Ursache hierfür ist die systematische Aushöhlung der Gewerbesteuer, deren kontinuierlicher Sub-



stanzverlust auch durch die Beteiligung der Kommunen an der Einkommenssteuer und ihre Einbeziehung in die Umsatzsteuererteilung nicht kompensiert werden konnte.

Eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen verlässliche Einnahmen sichert, ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig. Schon früh haben wir mit der „Düsseldorfer Erklärung“ Eckpunkte für eine solche Reform vorgelegt. Unsere Kernforderungen sind eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation der Gemeinden durch eine modernisierte Gewerbesteuer. Darüber hinaus sollten die Kommunen ein eigenes Hebesatzrecht für einen Teil der Einkommenssteuer erhalten. Außerdem setzen wir uns für einen Abbau von Mischzuständigkeiten und Mischfinanzierungen ein. Eine Neujustierung unseres föderalen Systems muss zu klareren Zuständigkeiten und transparenten Finanzströmen führen. Wir kritisieren die Zusammensetzung der Kommission, begrüßen allerdings, dass die Kommission für die Gemeindefinanzreform endlich ihre Arbeit aufgenommen hat und hoffen im Sinne der Kommunen in unserem Land auf schnelle und nachhaltige Ergebnisse. Die Arbeit der Kommission wollen wir fraktionsübergreifend und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden begleiten.

Gebühren für Entsorgung bereiten Verdruss

Steigende und landesweit in der Höhe stark differierende Abwassergebühren, mangelnde Transparenz der Entsorgungsbescheide und in den Augen der Verbraucher ausbleibende kostensparende Effekte der Mülltrennung — die Bürgerinnen und Bürger des Landes merken täglich, dass eine moderne und umweltgerechte Entsorgung wie in NRW Geld kostet — zu viel Geld? Am 12. Juni hatte der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) Sachverständige eingeladen, um über einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/1739) zu debattieren. Sein Motto: „Umweltstandards halten — Gebührenlast der Bürger konsequent senken.“

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände plädierte durch ihren Sprecher Dr. Peter Queitsch entschieden dafür, bei den Einrichtungen der Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung und Müllbeseitigung beim öffentlich-rechtlichen Modell zu bleiben: Das habe sich bewährt. Die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) im Abwasser- oder Abfallbereich führe zu keiner Kostensenkung. Einsparpotential und kostensenkende

sprechung geführt. Davon, im Entsorgungsbereich betriebliche Strukturen festzuschreiben, halte er nichts, denn das ermögliche keine Veränderungen und verhindere Wettbewerb.

Die Position der Wasserverbände des Landes vertrat Professor Dr. Harro Bode vom Ruhrverband. Auch er wollte die Abschaffung der in manchen Fällen inzwischen kontraproduktiv wirkenden Abwasserabgabe. Wenn das nicht gewollt werde, dann sollte das Aufkommen der Abgabe dazu herangezogen werden, die hohen Kosten mitzufinanzieren, die mit der Erfüllung der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie für das stark überbaute und industrialisierte NRW verbunden sind: „Das wird noch sehr viel Geld kosten“, sagte er voraus. Egal ob rein privatwirtschaftlich organisierte Betriebe oder Unternehmen in der Form einer private-public-partnership — die Gebühren würden steigen, bis zu 60 Prozent in England, wo im Wasserbereich (Bode: „Ein quasi natürliches Monopol kann man nicht privatisieren“) mehr auf die Dividende geschaut worden sei und die erforderlichen Investitionen unterblieben. Er verteidigte Ansätze, dass die Wasserverbände dazu

privaten Betrieben sei die unterschiedliche Höhe der Umsatzsteuer zwischen öffentlich-rechtlicher und privater Betriebsform ein großes Problem.

Hubertus Oelmann, Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, schätzte den Kostenvorteil bei Beibehaltung der Form einer Anstalt öffentlichen Rechts auf drei bis vier Millionen Euro. Er sprach sich für so genanntes „Benchmarking“ aus, so vergleiche sich der Kölner Betrieb regelmäßig mit anderen und verbessere sich auf diese Weise. Oelmann beklagte nachdrücklich, „dass das herausragende deutsche Abwasser-Know-how nicht den gewünschten Eingang in internationale Märkte findet“. Zur Abwasserabgabemerke der Sprecher an, sie wirke mit ihren rigiden Strafbestimmungen bei Betriebsstörungen gerade für solche Betriebe demotivierend, deren Anlagen auf dem Stand der Technik seien.

Der Sprecher der Verbraucher-Zentrale NRW, Björn Rickert, wandte sich gegen die Abschaffung der Abwasserabgabe. Um ökologisch „wahre“ Preise zu erhalten, müsse weiterhin die Nutzung von Umweltgütern mit Kosten verbunden sein. Bei den Gebühren für die Abwasserreinigung sollten aber nicht alle über

Transparenz

Synergieeffekte sehe er am ehesten in einer Optimierung der öffentlichen-rechtlichen Betriebsform gegeben, etwa durch Qualitäts- und Umweltmanagementsysteme. Die im Lande höchst unterschiedlichen Abwassergebühren — in alter Währung zwischen 2,50 und 15,20 DM — verursachten die geographischen Gegebenheiten im Lande: Kanalbau und Abwasserreinigung seien in einem bergigen, dünn besiedelten und oft als Trinkwasserschutzgebiet ausgewiesenen Landstrich eben teurer als im flachen Ballungsgebiet.

Der Sprecher des Bundes der Steuerzahler, Heinz Wirz, sprach sich, wie andere Sachverständige auch, für die Abschaffung der Abwasserabgabe aus, weil sie ihre frühere Lenkungsfunktion eingebüßt habe. Sein Verband beklage die mangelnde Transparenz der Kalkulation im Entsorgungsbereich; hier werden die Kosten oft unnötig aufgebläht. Die Klärung grundlegender Fragen der Kalkulation habe durch den Landesgesetzgeber zu erfolgen und nicht vor Gericht, denn das habe zu einer ausufernden und kaum mehr überschaubaren Recht-

übergängen, in größerem Umfang Kanalnetze zu kaufen mit dem Hinweis auf den kostensenkenden Charakter von „Lösungen aus einer Hand“ bei Entwässerung und Abwasserreinigung.

Die öffentlich-rechtliche Rechtsform bei der Abwasserbeseitigung habe Vorteile, so lange die gegenwärtige Rechtslage Bestand habe, führte Dr. Henning Friege aus, Sprecher der Geschäftsführung der AWISTA GmbH in Düsseldorf. Er beklagte das Durcheinander im Rechnungswesen, welches das Kommunalabgabengesetz (KAG) verursache. Das Gesetz sei antiquiert, nicht zuletzt wegen seiner Vorschriften zur Straßenreinigung. Die seien so penibel festgezurr, dass betriebswirtschaftlich sinnvolle und kostensparende Formen der Reinigung ausgeschlossen würden. Bei einer Zusammenarbeit mit

einen Kamm geschert werden: Wer giftige Stoffe einleite, müsse mehr zahlen als der Privathaushalt. Bei öffentlichen Dienstleistungen im Entsorgungsbereich und bei der Trinkwasserversorgung sei sicherzustellen, „dass die von den Bürgern zu tragenden Kosten transparent sind und auf das unabweisbar notwendige Maß begrenzt werden“.

Kampf gegen Korruption

Zu einer Anhörung zum Thema „Evaluierung der Maßnahmen und Instrumente der Korruptionsbekämpfung in NRW“ hat der Hauptausschuss am 20. Juni eingeladen. „Landtag intern“ berichtet darüber in der nächsten Ausgabe.



Übergabe des Jahresberichts 2002 über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2001 an Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.): Die Präsidentin des Landesrechnungshofs NRW, Ute Scholle (l.).

Foto: Schälte

Aktuelles aus den Ausschüssen

Der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ nahm am 20. Juni die Eröffnungsbilanz des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW zum 1. Januar 2001 (Vorlage 13/1494) zur Kenntnis und ließ sich über die Erarbeitung der Eröffnungsbilanzen der neu gegründeten Landesbetriebe berichten. Der Unterausschuss tagte im Finanzministerium.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie debattierte am 19. Juni in einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde über die Zukunft der „grünen Gentechnik“ in NRW. Die Sprecher der Fraktionen und der Wirtschaftsminister hielten einen breiten gesellschaftlichen Dialog über „grüne“ und „rote“ Gentechnik (Landwirtschaft/Lebensmittelerzeugung sowie Pharmaproduktion) und deren Zusammenwachsen für wichtig und ein bedeutendes Thema der Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsausschuss bezieht auch über Auswirkungen der Haushaltssperre und nahm einen Bericht des Wirtschaftsministers über Aktivitäten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW entgegen.

Der Kulturausschuss lädt für den 4. September zu einem Expertengespräch zum Änderungsentwurf der Gemeindeordnung und des Stiftungsgesetzes NRW.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik diskutierte über den SPD-/GRÜNE-Antrag „Erste Konsequenzen aus der PISA-Studie“ (Drs. 13/2660). Der Antrag, der unter anderem eine Partnerschaft des Landes mit den Kommunen zur Errichtung von Ganztagschulen vorsieht, wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen. CDU und FDP befürchteten nachteilige finanzielle Folgen für die Kommunen und lehnten ab. Der Ausschuss befasste sich erneut mit dem Thema „Schwarze Kassen bei der Stadt Neuss“. Im Abschlussbericht des Innenministeriums (Vorlage 13/1524) werden keine Konsequenzen für notwendig gehalten. SPD und GRÜNE sahen dagegen einen Verstoß gegen das Transparenzgebot kommunaler Demokratie.

Der Haushalt- und Finanzausschuss einigte sich in einer Sondersitzung am 19. Juni darauf, die Änderungsvorschläge des Finanzministers zum neuen Sparkassenrecht zu übernehmen und sie im mit der EU-Kommission und auf Bund-Länder-Ebene abgestimmten Gesetzentwurf einzuarbeiten.

Drei Arbeitsberichte im Verkehrsausschuss

Im Verkehrsausschuss (Leitung Manfred Hemmer, SPD) berichtete der Direktor des Landesbetriebs Straßenbau NRW Henning Klare am 13. Juni über den neu erichteten „Zwitter“ aus Behörde und Unternehmen. Leitender Ministerialrat Hans-Jürgen Schäfer (Verkehrsministerium) trug eine Zwischen- und Erfolgsbilanz zum Thema „Radverkehr in NRW“ vor (Bericht folgt). Über das Projekt „Ruhrpilot“ und über die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum CargoCap-Projekt (Landtag intern 6/02) informierte der Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH Hanns Brauser.



Der Direktor des Landesbetriebs Straßenbau Henning Klare (l.) und der Geschäftsführer der ProjektRuhr GmbH Hanns Brauser (r.) trugen im Verkehrsausschuss Aktuelles aus ihrer Arbeit vor.

Foto: Schälte

Zum von der FDP beantragten Bericht über die Auswirkungen der Haushaltssperre teilte Staatssekretär Jörg Hennerkes mit, für Straßenbau-Erhaltungsmaßnahmen habe der Minister eine Ausnahme von der Sperre beantragt, der der Finanzminister leider nicht voll entsprochen habe, sondern nur so weit die Sicherheit gefährdet sei. Sorgen bereite, dass keine Gutachten vergeben werden könnten. Direktor Klare stellte als „Produkte“ des

Landesbetriebs Straßenbau die Bereiche Planen, Bauen und Betreiben dar. Der „große Infrastrukturdienstleister“ mit Zentralen in Köln und Münster habe 6 500 Mitarbeiter in den 19 Niederlassungen, 85 Meistereien und vier Fachcentern. Die einheitliche Kosten-Leistungsrechnung für den gesamten Landesbetrieb stehe noch bevor. ProjektRuhr GmbH-Geschäftsführer Brauser erläuterte, beim Projekt „Ruhrpilot“ sollten auch Informationen über Ein- und Ausfallstraßen in die Verkehrsprognosen eingehen. Das sei erst ab 5,5 Millionen Einwohner im Einzugsbereich für private Betreiber interessant, die noch gefunden werden müssten. Zur Projektentwicklung habe die Gesellschaft in den Jahren 2003 und 2004 15 Millionen Euro für „Ruhrpilot“ veranschlagt.

Mehr Klarheit bei Leerstellen

23 Punkte standen auf der Tagesordnung des Haushalts- und Finanzausschusses am 13. Juni, darunter ein Bericht der Landesregierung über Beteiligungen (des Landes), Landesbürgschaften und der aktuelle Schuldenstand.

Bei über- und außerplanmäßigen Haushaltsüberschreitungen im vierten Quartal 2001 äußerte sich Helmut Stahl (CDU) erstaunt über Mehrausgaben in Höhe von fast zwei Millionen Mark im Justizressort. Dazu das Ministerium: „Aufgrund der hohen Gefangenenzahlen“ seien die Kosten für externe Träger, die den Gefangenen berufliche Weiterbildung — aufgrund des gesetzlichen Auftrags dazu — vermittelten.

Zur Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe 2002 legte Finanzminister Steinbrück den aktuellen Umsetzungsplan für alle Ressorts vor (13/1502). Von der Gesamtsumme der Minderausgaben (411 Millionen) entfallen danach 115 Millionen Euro auf Personalkosten. Auf eine Frage von Manfred Palmen (CDU) erläuterte er, laut Erlass seien beim Personal nur die Ausgaben für die Wiederbesetzung offener Lehrerstellen ausgenommen. Der Titel „Geld statt Stellen“ sei entsperret in Höhe des Istansatzes 2001.

Zum Thema Einrichtung von Leerstellen (vier Anträge) gab es eine längere Aussprache. Alle Fraktionen seien an einer grundsätzlichen Regelung interessiert, die auf sachgerechte Kriterien abzielen, bestätigte auch für den Unterausschuss Personal dessen Vorsitzender Helmut

Stahl (CDU). Edith Müller (GRÜNE) ergänzte, die Grundsatzdebatte solle aber nicht an Einzelfällen orientiert sein. Am Beispiel einer B 7-Stelle im Bauministerium forderten jedoch vor allem FDP-Abgeordnete eine Abkehr von der bisherigen Leerstellen-Praxis. Dr. Ingo Wolf (FDP): Das gehe angesichts des generellen Personaleinsparungsziels nicht an. Gisela Walsken (SPD) widersprach der Behauptung, es handle sich um ein „Hauruck-Verfahren“. Staatssekretär Dr. Noack (Finanzministerium) kündigte eine Vorlage mit Leitlinien dazu nach der Sommerpause an. Durch Wiederbesetzung dürfe keine finanzielle Belastung entstehen. Ernst-Martin Walsken (SPD) trat dafür ein, diese Bemühungen seitens des HFA zu unterstützen.

Helmut Diegel (CDU) dankte Staatssekretär Morgenstern (Bauministerium) für die „ehrliche“ Vorlage, in der die Notwendigkeit begründet wird, für den ausscheidenden Abteilungsleiter „Staatlicher Hochbau“ eine Leerstelle einzurichten und im Haushaltsplan 2003 eine B 7-Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Der Antrag auf Einrichtung dieser Leerstelle wurde dann bei Enthaltung der CDU und gegen die Stimmen der FDP von SPD und GRÜNEN angenommen.

Mobbing gegen Polizistinnen

Neun Strafverfahren in Hagen

Ein brisantes Thema behandelte der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitzende Gerda Kieninger, SPD) am 14. Juni. Die SPD-Fraktion hatte eine Aktuelle Viertelstunde über „Mobbing gegen Polizistinnen am Beispiel des Polizeipräsidiums Hagen“ beantragt. In der Aktuellen Viertelstunde der CDU teilte Ministerin Fischer mit, alle Zuwendungen für frauenpolitische Vorhaben, bei denen noch keine rechtlichen Bindungen eingegangen worden seien, unterlägen der Haushaltssperre.

Leitender Polizeidirektor Günther Beer (Innenministerium) teilte mit, von den 35 690 Polizeibeamten in NRW seien 4 175 Frauen, das sei eine Quote von 11,7 Prozent, im Ländervergleich eine der höchsten. NRW habe frühzeitig mit der Einstellung von Polizeibeamtinnen begonnen und bei der Ausbildung heute eine Frauenquote von etwa 50 Prozent.

Beer beurteilte die Vorwürfe einer 28-jährigen Polizeimeisterin gegen männliche Kollegen in Hagen als gravierend und sagte rückhaltlose Aufklärung zu. Die Beamtin war unter anderem von den Kollegen überwältigt und an einem Kleiderhaken mit der Aufschrift „Frauen-

parkplatz“ aufgehängt worden. In der Hagener Polizeiinspektion sei der Fraenumkleideraum mit „Zickenzone“ beschildert gewesen. An der schlechten Beurteilung der Leistungen der Beamtin gebe es erhebliche Zweifel, sagte Beer. Die Beamtin habe dagegen Klage erhoben. Nach Bekanntwerden der Vorfälle seien gegen neun Beamte Ermittlungen wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und weiterer Straftatbestände sowie Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Über (höhere) Fehlzeiten von Polizistinnen wegen Mobbing gebe es keine Daten, antwortete er auf eine Frage von Regina van Dinther (CDU). Renate Drewke

(SPD) hielt Ausbildungsinhalte für wichtig, in denen Mobbing in Männerberufen und der bei der Polizei vorhandene „Korpsgeist“ thematisiert würden. Brigitte Capune-Kitka (FDP) merkte an, „Mobbing“ sei für die Hagener Vorfälle eigentlich nicht treffend, denn das sei eine gerade von Frauen und Mädchen oft perfekt beherrschte, „verhaltenerere“ Umgangsform mit dienstlichen Konflikten. In Hagen sei es um sexuelle Belästigung gegangen. Nach einer Anmerkung von Marianne Hürten (GRÜNE) zum „Korpsgeist“ bei der Polizei wies Beer darauf hin, dass Polizeibeamte unter erheblichem Druck von außen stünden und von Gewaltkriminalität bedroht seien.

Beruf **Polizeibeamtin**

Nicht immer einfach... aber immer vielfältig

Mehr Bewerbungen, mehr Einstellungen: Der Anteil von Frauen in der nordrhein-westfälischen Polizei ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Für sie ist ein Beruf Normalität, der ihnen hohe Verantwortung überträgt und eine breite Vielfalt von Tätigkeiten für den Arbeitsalltag bietet.

Werbeplakat der Polizei NRW



Frauenmesse in Essen

Nach drei Jahren gab es Mitte Juni erstmals wieder eine Frauenmesse in NRW. Der Ausschuss für Frauenpolitik besuchte unter anderem die Stände des Ministeriums, der Regionalstelle Frau und Beruf, von START Zeitarbeit, DGB, Frauenrat und Landesportbund. Auch die NRW-Parteien waren auf der Messe vertreten.

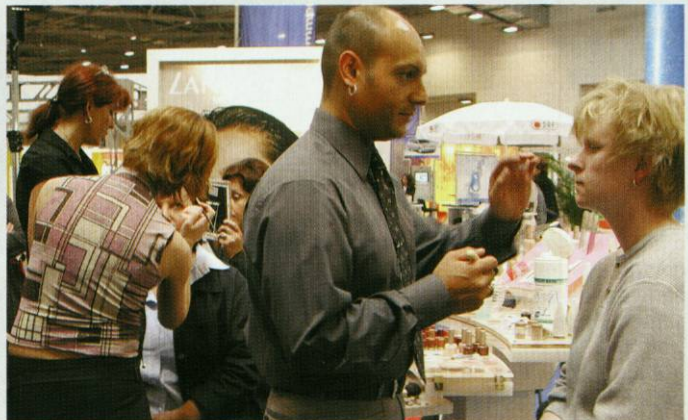
Aufmerksam hörten die Abgeordneten der Initiatorin des „Frauen-Gedenk-Labyrinth“ Dagmar von Garnier zu, die zum Rundgang durch eine großflächige Spirale aus Gedenksteinen einlud. Dort werden tausend Frauen aus allen Jahrtausenden geehrt, für die sich Patinnen der Gegenwart mit einer Spende von 500 Euro einsetzen. Für bessere Berufschancen von Frauen warben auch der Westdeutsche Handwerkskammertag, Fachhochschulen, das Arbeitsministerium und die Kölner Fordwerke mit einer Managementberatung. Das Technikzentrum Lübbecke veranstaltete eine Preisverleihung für „Miss Technik“. Der WDR war mit einer Aktionsbühne vor Ort.

Der an den ersten beiden Tagen geäußerten Kritik an der diesjährigen Frauenmesse begegneten die Essener Veranstalter mit ihrer neuen „Philosophie“, der Besuch solle sein wie das Blättern in einer modernen Frauenzeitschrift. Der Untertitel „Absolute Women“ bedeute so viel wie „A-Klasse-Frauen“.



Der Ausschuss für Frauenpolitik tagte im Essener Messezentrum, um sich nach der Sitzung über die „neue Frauenmesse“ zu informieren, vorn v.l. Marianne Hürten (GRÜNE), Marie-Luise Fasse (CDU), Helga Giebelmann, Gerda Kieninger (Vorsitzende), Renate Drewke (alle SPD) mit Messeleiter Egon Galinnis. Nicht auf dem Foto, aber dabei war FDP-Sprecherin Brigitte Capune-Kitka.

Über zu viele häuslich-weibliche Aktionen wie Modenschau, Kochvorführung, Kosmetik klagten frauenpolitisch engagierte Ausstellerinnen der Essener Frauenmesse wie auch über hohe Preise für Standplätze und Eintritt. Hier kostenloses Schminken durch Profis, wofür vor allem junge Frauen Schlange standen.



Illegale Beschäftigung nimmt zu

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie debattierte am 8. Mai über einen Bericht des Präsidenten des Landesarbeitsamts NRW, Karsten Koppe.

Arbeitsamtspräsident Koppe teilte mit, Schwarzarbeit habe in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen. 10 000 illegal Beschäftigte bedeuteten für die Sozialkassen und den Fiskus einen Ausfall von 150 Millionen Euro. Schwarzarbeit werde laut Umfragen als Kavaliersdelikt angesehen, vor allem von jüngeren Leuten, einfachen Arbeitnehmern und Selbstständigen. Für die Arbeitsverwaltung sei das ein Ärgernis. In den USA sei die illegale Beschäftigung ein absoluter Ächtungstatbestand. In Deutschland sei eine Ächtungsdebatte notwendig.

Als „oberster Bekämpfer“ von Schwarzarbeit in NRW berichtete Verwaltungsdirektor Peter Rack (Landesarbeitsamt NRW), im Baubereich schätze man die Zahl der Schwarzarbeiter auf eine Million im Jahr 2001. Wegen Leistungsmissbrauchs seien in NRW 41 000 Schwarzarbeiter belangt worden, also wegen Bezugs von Arbeitslosengeld bei gleichzeitiger haupt- oder nebenberuflicher Tätigkeit. Neben dem Dateiabgleich und der Außenprüfung gebe es viele Anzeigen aus der Bevölkerung.

Knapp 10 000 illegal beschäftigte Ausländer seien im Vorjahr ermittelt worden. Insgesamt habe das Landesarbeitsamt Geldbußen in Höhe von 28 Millionen Euro verhängt. Davon seien 8,5 Millionen

Euro „realisiert“ worden. Die meisten Verstöße landeten jedoch, zum Beispiel mit Einsprüchen, bei Gericht. Es fehle auch ein europäisches Vollstreckungsabkommen für Bußgelder.

In landesweiten Schwerpunkten hätten die 33 Arbeitsämter mit 560 Prüfern Freizeitbetriebe (Videotheken, Fitnessstudios), die Fleischwirtschaft, den Baubereich, Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und Gaststätten geprüft, insgesamt 6 500 Arbeitgeber mit 22 000 Beschäftigten. Die Quote des Verdachts illegaler Beschäftigung betrage 27 Prozent.

Im Jahr 2002 solle außerdem in Wach- und Sicherheitsunternehmen, beim Speditionsgewerbe und in Gerüstbauunternehmen nach Verstößen gegen den Leistungsmissbrauch bei illegaler Ausländerbeschäftigung gesucht werden.

Das Gesetz zur Bauabzugssteuer, das ab Januar 2002 in Kraft sei, werde von der Arbeitsverwaltung begrüßt, nicht jedoch die Möglichkeit der Freistellungsbescheinigungen. Sie wünsche sich ferner die Generalunternehmerhaftung, mit möglichst wenigen Ausnahmegeschriften. Bei einer Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit möchte die Behörde staatsanwaltschaftliche Ermittlungs-



Spargelstechen — oft werden dabei illegal Beschäftigte eingesetzt. (Foto: Hensch)

kompetenzen bei Arbeitsmarktstrafaten erhalten. In kommunalen Ordnungsämtern sollten mehr als 0,2 bis 0,5 Planstellen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingesetzt werden.

Nach Fragen von Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold und Staatssekretär Jörg Bickenbach ergänzte Präsident Koppe, jeder Doppelbezug, also „Transferleistungen“ und Einkommen, werde früher oder später verlässlich aufgedeckt. „Niedriglöhner“ versuchten auf vielfältigste Weise zuzuverdienen.

Zu Fragen von Abgeordneten ergänzte er, illegale Ausländerbeschäftigung sei eine Angelegenheit osteuropäischer Staatsangehöriger. Beim Spargelstechen werde über einen Mix aus Arbeitslosen und Ausländern verhandelt. Verwaltungsdirektor Reck bestätigte einen Zusammenhang zwischen aufgedeckten Fällen und eingesetztem Behördenpersonal.



Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe nennt sich die Vereinigung von Landtagsabgeordneten, die sich unter dem Vorsitz von Landtagsvizepräsident Jan Söffing (FDP, r.) und seinem Stellvertreter Werner Jostmeier (CDU, l.) Anfang Juni im Landesparlament konstituiert hat. Nach der Deutsch-Israelischen, Deutsch-Palästinensischen und Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe ist dies das vierte Gremium, das sich dafür einsetzt, dass die nordrhein-westfälischen Beziehungen zum jeweiligen Partnerland — in diesem Fall sind es die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland — gepflegt und ausgebaut werden. In Kürze ist auch die Gründung einer Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe geplant. Foto: Schälte

Häusliche Gewalt

Der Ausschuss für Frauenpolitik befasste sich mit Anträgen zum Thema „häusliche Gewalt“, die die neuen Eingriffsmöglichkeiten unterstützen, dabei aber unterschiedliche Akzente setzen. Er lehnte den Antrag „Rote Karte für gewaltbereite Ehepartner“ und eine Entschließung der CDU ab und nahm einen SPD-/GRÜNE-Antrag an, wonach der Aktionsplan der Bundesregierung unterstützt und durch den Landesaktionsplan begleitet werden soll. Regina van Dinther (CDU) erklärte, beim Schutz der Kinder müsse es bei Einzelfallentscheidungen bleiben. Renate Drewke (SPD) begrüßte die neuen Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und wies auf über 800 Wohnungsverweisungen seit Inkrafttreten hin. Marianne Hürten (GRÜNE) forderte Leitlinien für den Einsatz der Polizei bei häuslicher Gewalt. Brigitte Capune-Kitka (FDP) hielt eine Dreiergruppe für nötig. Die Mittel für den Landesaktionsplan fielen unter die Haushaltssperre, teilte Ministerin Fischer mit.

Senioren gehen ohne Vorbehalte an neue Medien heran

„Senioren online“ lautete das Thema einer Anhörung von Arbeitsausschuss und Medienausschuss. Dabei ging es um eine vorläufige Bilanz der Bemühungen auf Landesebene, die Zahl der „Silversurfer“ (also der Menschen mit silbernen Haaren, die das Internet nutzen) zu erhöhen.

Daniel Hoffmann vom Kuratorium Deutsche Altershilfe, Wilhelmine-Lübke-Stiftung, meinte, Defizite müssten noch abgebaut werden bei Randgruppen, denen wegen finanzieller oder sozialer Benachteiligungen der Zugang zum Internet verwehrt bleibe; es müsse neue Aktivierungsstrategien für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, mit Behinderungen oder Pflegebedarf geben.

Gottfried Paul-Römer vom Evangelischen Verband für Altenarbeit: Die Zielgruppe der Senioren sei sehr vielschichtig, sie müsse behutsam an das Angebot „Senioren OnLine“ herangeführt werden. Inzwischen gebe es landesweit über 400 Internetangebote speziell für Senioren, die Zahl der Senioren-Internetcafés belaufe sich auf 250.

Dr. Wolfgang Besler, Friedhelm Kowalski und Hans Dieter Petereit machten darauf aufmerksam, dass gerade mobilitätseingeschränkte Menschen durch Computernutzung einen Teil ihrer Mobilität quasi virtuell zurückerlangen können. Die Starthilfe für Seniorenprojekte sei mit zehn Jahren zu veranschlagen. In dieser Zeit müsse die Hilfe permanent angeboten werden, dazu biete die Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik, für die die drei Sachverständigen sprachen, eine Hotline an.

Besonders effektiv sei die Vermittlungs-

form „von Senior zu Senior“, befand Ursula Lenz von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Eine gezielte Landesförderung könnte sich darauf konzentrieren, die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Medienberater zu unterstützen, eine Koordinierungsstelle einzurichten und Preisgelder zu stiften.

Hiltrud Wessling von der Seniorenvertretung NRW verlangte, die neuen Medien in den Alltag älterer Menschen zu integrieren, „dass es möglich ist, diese Medien als Handwerkszeug zur Durchsetzung politischer und sozialer Zielsetzungen einzusetzen“.

Wie mit den neuen Medien bessere Dienstleistungen für ältere Menschen für ihre Lebensqualität auf den Weg zu bringen sind, erörterte der Sprecher des Gelsenkirchener Instituts für Arbeit und Technik, Dr. Josef Hilbert. Er sah dabei die Bereiche des Pflegemanagements und Wohnen, Sicherheit, Freizeit, Rei-

sen, in denen das Angebot noch ausgebaut werden muss. Thomas Hugo (Arbeitnehmerzentrum Königswinter) fand die niederländische Initiative „Seniorenbotschafter“ nachahmenswert.

Marko Hembach war der Meinung, mit zunehmender Medienkompetenz verlorene die häufig erwähnten Zugangsbarrieren an Bedeutung. Senioren hätten andere Interessen und mehr Zeit zur Verwirklichung ihrer persönlichen Bedürfnisse, Interessen und Wünsche.

Für das Projekt „Studieren ab 50“ der Universität Bielefeld regte Karl Irmer an, Senioren an den an den öffentlichen Schulen vorhandenen Computern arbeiten zu lassen. Siegfried Brauner als zweiter Sprecher: „Es zeigt sich ganz eindeutig, dass die älteren Studierenden von den neuen Trends nicht ausgegrenzt werden möchten und weiterhin geistig gefordert werden wollen. Sie wollen geistig fit bleiben für eine unabhängige Lebensgestaltung.“

Neue Medien und Schutz von Kindern und Familien war das Thema einer gemeinsamen Sitzung von Kinderausschuss des Landtags und des Ausschusses für Jugendschutz der Rundfunkkommission. In der Landesanstalt für Rundfunk (LfR) ging es auch um Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen und um die Vorstellung des LfR-Projekts „internet abc“, einer werbefreien Plattform für den Einstieg ins Internet – nicht nur für Kinder. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: Antonius Rösenberg (CDU-MdL), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Jugendschutz, Annegret Krauskopf (SPD), Vorsitzende des Kinderausschusses, und Dr. Norbert Schneider, LfR-Direktor.

Foto: Schälte



Ölpipeline: Standards eingehalten oder nicht?

Wieder einmal stand die Finanzierung des Baus einer Ölpipeline in Ecuador durch die Westdeutsche Landesbank (WestLB) im Mittelpunkt der Erörterungen des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik.

Nach den Worten von WestLB-Vorstand Seibert ist zwischenzeitlich schon etwa die Hälfte der Pipeline gebaut. Das überarbeitete Gutachten von Stone & Webster (Vorlage 13/1438) bestätigte erneut, dass das Projekt nach dem neuesten Stand der Technik umgesetzt werde und die Umweltverträglichkeitsstudie den anwendbaren Standards und Richtlinien der Weltbank entspre-

che. Hinsichtlich des Beschlusses des Landtages vom 18. Februar dieses Jahres habe die Bank alle Gutachten öffentlich gemacht. Auch sei man in permanentem Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen in Kontakt mit Ausnahme der „Acción Ecológica“, die das gesamte Projekt der Ölpipeline und Ölproduktion in Frage stellt.

Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) berichtete über ihre mit dem Abgeordneten Bernhard von Grünberg (SPD) durchgeführte zehntägige Reise durch die betreffenden Gebiete in Ecuador. Danach sei sie zum Ergebnis gekommen, dass die Weltbankstandards nicht eingehalten werden.

Staatssekretär Dr. Harald Noack (Finanzministerium NRW) verwies darauf, dass nach dem Gutachten von Dr. Bro-

se vom Rheinisch-Westfälischen TÜV in Essen (Vorlage 13/1500) die Weltbankstandards eingehalten werden. Dennoch sehe er auch Nachbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich des Moderationsprozesses zwischen den Gutachtern und aller am Projekt Beteiligten. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erklärte, dass sie nicht beurteilen könne, ob die Umweltstandards der Weltbank eingehalten werden.

Der Ausschuss beschloss einstimmig auf Antrag der FDP, einen Bericht der Landesregierung einzufordern, ob die Landesbank die in dem Beschluss vom 18. Februar aufgestellten Bitten nachgekommen sei. Weiterhin soll die Landesregierung eine Bewertung abgeben, ob die Weltbankstandards eingehalten werden oder nicht.

Mit Können und neuzeitlicher Technik werden in Soest die Türme der gotischen Wiesenkirche wiederhergestellt

Die Tür fällt ins Schloss, es gibt kein Entrinnen mehr aus dem Käfig. Ein Hebel wird gedrückt, und der Fahrstuhl ins Mittelalter setzt sich in Bewegung. Erst das Grün der Bäume, dann das Hellrot der Dächer. Ein Ruck, die Kabine stoppt 52 Meter über dem Boden. Der Magen entkrampft sich langsam, das Auge schweift bedächtig über den Kranz der Stadttore, der Wallmauern und die Spitzen der Kirchen. Jürgen Prigl (41) weist mit weiter Bewegung auf das Panorama: „Keine Sekunde habe ich bereut, dass ich hierher gekommen bin“, gesteht er seinen Besuchern, die ihm an seinen luftigen Arbeitsplatz gefolgt sind.

Jürgen Prigl ist Baumeister an der einzigen Dombauhütte Westfalens. Seine Stimme verrät: Er ist kein Kind dieses Landstrichs. Er stammt aus dem baden-württembergischen Freiburg. Seine Tätigkeit dort als freischaffender Bildhauer und Restaurator hat er vor zehn Jahren eingetauscht gegen die Aufgabe, ein Kleinod gotischer Kirchenbaukunst für die Nachwelt zu retten. Wohl bis zur

Rente hat der damit zu tun, die Turmschäfte der Soester Kirche St. Maria zur Wiese mit einer neuen Außenhaut zu versehen. Die Wiesenkirche ist eine hochgotische Hallenkirche, eine der schönsten, wie es in Kulturführern steht. Der Dombaumeister widerspricht: „Es ist die schönste.“ Später, beim Rundgang durch das Kirchenschiff, nennt er den Bau voller Bewunderung eine „Skulptur“.

Der Zahn der Zeit — Baumeister Jürgen Prigl weist auf die Schäden am Spitzbogen eines der Turmfenster hin. Der Stein ist großflächig abgeplatzt, von haarfeinen Rissen durchzogen und die Fugen haben sich erweitert. Hier muss dringend eingegriffen werden.



Kleine Baugeschichte

Die Kirche Maria zur Wiese in Soest ist eine gotische Hallenkirche, die von den Kaufleuten der Stadt errichtet worden ist. Baubeginn war 1313, für das Westwerk 1400. Der Grundriss ist nahezu quadratisch, ein Satteldach überspannt alle drei Schiffe. Nach dem Vorbild der Halle im Südturm des Kölner Doms sind die schlanken Säulen im Inneren der Wiesenkirche ohne Kapitell ausgestattet; die Wände sind von hohen Fenstern durchbrochen, darunter auch die berühmte Darstellung des „Westfälischen Abendmahls“ – mit Schinken und Pumpernickel. Die beiden Türme – ungewöhnlich für eine einfache Pfarrkirche – wurden im Mittelalter nicht fertiggestellt. Bis ins 19. Jahrhundert trugen sie einen Nothelm. 1846 wurde der Grundstein zum Bau des Südturms gelegt, zwanzig Jahre später kam der Nordturm an die Reihe. Der Südturm wurde 1875, der Nordturm ein Jahr später vollendet. Das eingebaute Maßwerk richtete sich in verkleinertem Maßstab nach dem des Freiburger Münsters, des einzigen zur Zeit der Gotik vollendeten Turms dieser Art. Ausgeführt wurden die Helme in Oberkirchener Sandstein „wegen seines feinen gleichmäßigen Kornes und seiner an alten Bauwerken bewährten Wetterbeständigkeit“, wie es in einem preußischen Gutachten heißt. 1999 wurde erneut ein Grundstein gelegt, diesmal zur Rekonstruktion des Nordturms. Versenkt wurden in den Grundstein neben einem Gnadenbild – wie könnte es anders sein – Soester Pumpernickel, Soester Bier, Westfälischer Schinken; daneben aber auch Beispiele für moderne Industrieprodukte, die in der heimischen Wirtschaft hergestellt werden.

Eine zerbrechliche, wie sich herausgestellt hat. Wie die anderen Kirchen der alten Hansestadt am Haarstrang haben die gotischen Baumeister sie aus dem nahe liegendsten Werkstoff errichtet, dem Soester Sandstein. Dank des enthaltenen Glaukonits ist er von deutlich grüner Färbung: „Monolithisch“ sei die Stadt, erklärt Prigl. Er verschweigt auch nicht, dass die Jahrhunderte das relativ weiche Material mürbe gemacht haben. Das ständige Gewicht der Lasten, das über ihn ins Fundament der Kirche abzuführen ist, haben zu haarfeinen Rissen in der, aber auch gegen die natürliche Schichtung geführt. Strebepfeiler verlieren so im Lauf der Zeit die Verbindung zu den Türmen, die sie stützen müssen. Die beiden im 19. Jahrhundert nach dem Vorbild des Kölner Doms aufgesetzten Turmhelme würden einstürzen, wenn nichts unternommen wird. Die Luftverunreinigungen tun ein Übriges, um die Außenhülle Schicht für Schicht abzulösen und den Stein weiter zu schwächen.

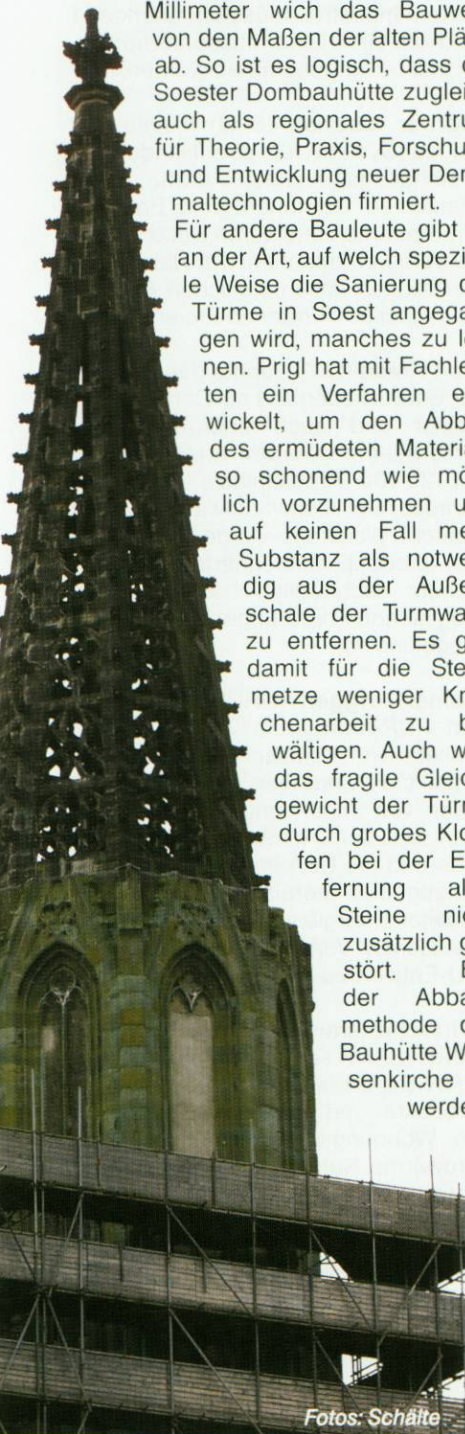
Als das ganze Ausmaß der Schäden offenbar wurde, schlug 1987 nach ersten unbedingt erforderlichen Reparaturmaßnahmen die Geburtsstunde der nach Aachen und Köln dritten nordrhein-westfälischen Dombauhütte in Soest. Träger ist der Westfälische Dombauverein St. Maria zur Wiese. Das Land unterstützt in diesem Jahr die Arbeit zur Sicherung und Instandsetzung der Türme mit knapp 400 000 Euro im Denkmalförderprogramm. Wenn die Mittel in diesem Ausmaß weiter fließen, ist für 2022 oder 2023 damit zu rechnen, dass die Türme



der Wiesenkirche gerettet sind. Neben dem Kirchenbaumeister arbeiten fünf Beschäftigte an diesem Werk, deren Wirken man als Steinmetzen nur unzureichend charakterisieren kann. Sie sind von einem hohen Ziel beseelt. Sie wollen ein Juwel des Kirchenbaus sichern; nach den Maßstäben von früher und mit dem Werkzeug von heute. Respekt haben sie und ihr Chef vor den alten Dombaumeistern und Handwerkern: Nur mit Lineal und Zirkel entwarfen sie einen Bau, der in seinen Proportionen besticht und in der Genauigkeit seiner Ausführung staunen lässt. Um seine Vorgänger zu verstehen und um die gegenwärtigen Arbeiten zu verbessern, hat Prigl im Turm die Maße genommen. Das Ergebnis verlangte ihm allergrößten Respekt ab: Nur um höchstens drei

Millimeter wich das Bauwerk von den Maßen der alten Pläne ab. So ist es logisch, dass die Soester Dombauhütte zugleich auch als regionales Zentrum für Theorie, Praxis, Forschung und Entwicklung neuer Denkmaltechnologien firmiert.

Für andere Bauleute gibt es an der Art, auf welcher spezielle Weise die Sanierung der Türme in Soest angegangen wird, manches zu lernen. Prigl hat mit Fachleuten ein Verfahren entwickelt, um den Abbau des ermüdeten Materials so schonend wie möglich vorzunehmen und auf keinen Fall mehr Substanz als notwendig aus der Außenschale der Turmwand zu entfernen. Es gibt damit für die Steinmetze weniger Knochenarbeit zu bewältigen. Auch wird das fragile Gleichgewicht der Türme durch grobes Klopfen bei der Entfernung alter Steine nicht zusätzlich gestört. Bei der Abbau-methode der Bauhütte Wiesenkirche werden



Fotos: Schälte



Luftiger Arbeitsplatz mit guter Aussicht. Für den Steinmetz Roland Mitzlaff (Bild), der hier an einem Teil des neuen Maßwerks eines Fensters arbeitet, ist der Blick über die Dächer von Soest Alltag und kein Grund mehr, die Arbeit zu unterbrechen.

Bohrungen gesetzt, durch die anschließend ein diamantbesetztes Seil geführt wird, die das zu ersetzende Stück sauber absägt. So wird der Aufwand reduziert, und so wächst zugleich die Effizienz um 200 bis 250 Prozent, wie der Dombaumeister auf dem Gerüst vorrechnet.

Neue Glocken

Der grüne Soester Sandstein wird nicht mehr abgebaut. Alte Partien in der Fassade können also nicht mehr durch das Originalmaterial ersetzt werden. Prigl sieht darin keinen Nachteil, im Gegenteil: Der Oberkirchener Sandstein, der heute genommen wird, ist haltbarer, widerstandsfähiger und in ausreichender Menge verfügbar. Er stammt aus einem Steinbruch in den Bückebergen zwischen Bielefeld und Hannover. Als die Preußen Mitte des 19. Jahrhunderts als bewusstes Pendant zum Kölner Dom der westfälischen Wiesenkirche die beiden Turmhelme aufsetzten, verwandten sie dazu diesen Stein. Wo aus ästhetischen Gründen der grüne Ton des Steins erforderlich ist, etwa beim Westwerk, wird der Stein aus der grünen Bank des benachbarten Anröchte genommen.

Als wäre das alles nicht schon genug, hat der Soester Kirchenbaumeister sich auf ein weiteres Projekt gestürzt. Im Südturm hat er, finanziert durch Spenden und Einnahmen aus Basaren, einen neuen Glockenstuhl einbauen lassen. Hier sollen in Bälde die beiden vorhandenen Glocken durch sieben weitere ergänzt werden, um, wie es heißt, den Klang der Wiesenkirche an die Soester

Glockenlandschaft anzupassen und die „derzeit zu beklagende Disharmonie“ zu beseitigen: Hell und sanft, als mildes Pendant zum mächtigen Bass, der vom Glockenturm des romanischen Patrokli-Domes herüberweht. Noch ist das Zukunftsmusik und deswegen wie alles menschliche Tun mit einem Restrisiko behaftet. Eines aber ist für den Leiter der Soester Dombauhütte schon heute klar: Wenn die Renovierung der beiden gotischen Turmschäfte geschafft ist, dann gibt es in der alten Hansestadt „mit Sicherheit ein epochales Denkmalwerk“ zu bestaunen. J.K.



Alt und neu: Beim Wiederaufbau des Turm-Treppenturms nach der Tradition der mittelalterlichen Baumeister stößt Oberkirchener (hell) auf alten Soester Sandstein (grün).



Jedes fünfte Kind sei zu dick, mehr Sport könne dem abhelfen, meinen die Sportpolitiker, v.l. Gisela Hinnemann (CDU), Rainer Schmeltzer (SPD), Ingrid Pieper-von Heiden (FDP), Ewald Groth (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Mehr Sport in der Grundschule

Viele Kinder sind zu dick

Der CDU-Antrag „Gesundheitsprävention durch Sport im Grundschulalter“ (Drs. 13/2636) wurde nach der Aussprache am 6. Juni in die Ausschussberatung überwiesen. Der federführende Sportausschuss führt im Oktober dazu eine Anhörung durch.

Gisela Hinnemann (CDU) erläuterte, die Zahl übergewichtiger Kinder steige in Deutschland und weltweit dramatisch. 20 Prozent der Jungen und Mädchen litten bereits an Fettsucht. Haltungsschäden, Kreislaufschwäche und Alterskrankheiten träten vermehrt bei Kindern auf. Neben Elternhaus und Kindergarten sei die Schule gefordert. Drei Wochenstunden Schulsport seien nötig. Sportstätten und Sportlehrer fehlten dafür. Ein Interventionsprogramm der Sporthochschule für mehr Bewegung werde an 12 Grundschulen in Köln praktiziert und solle an allen NRW-Grundschulen eingeführt werden.

Rainer Schmeltzer (SPD) hielt den Antrag für im Grundsatz richtig. Als Ursachen für Übergewicht seien Fast Food und Medienkonsum festgestellt worden. Ganztagschulen würden bald mehr Gelegenheit zu Bewegung geben. Früherkennung, verstärkte Elternarbeit und Schulung der Lehrerinnen und Lehrer unter Beteiligung der Ärzte und Krankenkassen seien von Bedeutung.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) fuhr fort, außer an Folge-Erkrankungen litten die übergewichtigen Kinder auch unter ihrem Dicksein. Mit einer Bewegungspause und aktiver Pausenhofnutzung steige auch die Konzentration im Unterricht. Solche Präventionsmaßnahmen seien an allen Grundschulen sinnvoll. Umschichtungen im Haushalt hierfür lehne die FDP aber ab, da es bei Bildung und Jugend nichts einzusparen gebe. Im Gesundheitsbereich sei das zu überdenken.

Ewald Groth (GRÜNE) erwähnte die Auszeichnung bewegungsfreudiger Kindergärten, gemeinsam mit dem Landessportbund auf dem Weg. Wichtig sei auch Ausdauertraining: lange laufen, lange Rad fahren, lange skaten. Das finanzielle Engagement der Krankenkassen und des öffentlichen Gesundheitsdienstes gehöre zur Prävention dazu. Auch die Verbraucherministerin müsse etwas dazu tun, wenn es um Ernährung gehe.

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) begrüßte die Debatte und das Interventionsprogramm der Sporthochschule Köln. Die flächendeckende Ausweitung zu fordern, sei allerdings verfrüht. Stufenspezifische Handreichungen zur Gesundheitserziehung in der Schule durch Sport lägen bereits allen Schulen vor. Außerunterrichtliche Angebote im Schulsport seien von 84 Gruppen 1997/98 auf 229 im Schuljahr 2001/2002 ausgebaut worden. Erst Anfang Mai hätten sich Landesregierung, Landessportbund und kommunale Spitzenverbände auf die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen verständigt. Sportunterricht richte sich gerade auf Bewegungsunfreudige und Talentlose.

Heinz Sahnen (CDU) stellte deutlich zunehmende Klagen von Kinderärzten fest und bat um Umschichtungen in drei Etats des Haushalts.

Barbara Steffens (GRÜNE) hielt für wichtig, Fettleibigkeit von vornherein zu verhindern, damit Kinder schon im Kindergartenalter gesund und fit seien.

Klimaschutz in der EU

Deutsche Vorleistungen

Den FDP-Antrag, die europäische Klimaschutzpolitik dürfe den Wirtschaftsstandort NRW nicht gefährden (Drs. 13/2658), überwies der Landtag am 5. Juni federführend an den Umweltausschuss.

Holger Ellerbrock (FDP) trug vor, das Vorsorgeprinzip habe in der EU Verfassungsrang. Deutschland spare erfolgreich, liege jetzt bei zehn Tonnen pro Einwohner und Jahr und müsse noch auf ein Zehntel davon zurückfahren. Die Vorleistungen der deutschen Industrie müssten anerkannt und die Ökobilanz müsse in die EU-Richtlinie aufgenommen werden.

Werner Bischoff (SPD) meinte, ein neues System für den Handel mit Treibhausgas-Ausstoß dürfe nicht Makler zu Gewinnern und Energie-Unternehmen und deren Beschäftigte zu Verlierern machen. Der Handel mit Zertifikaten sollen zwischen Staaten und nicht auf Firmenebene erfolgen.

Karl Kress (CDU) lehnte den Brüsseler Entwurf ebenfalls ab. Der Energiesektor und auch energieintensive Unternehmen würden massiv belastet. 20 000 Arbeitsplätze seien gefährdet. Ein Aluminiumwalzwerk aus seinem Wahlkreis würde für neuesten produktionsintegrierten Umweltschutz nachträglich bestraft. Kress trug sieben Forderungen an eine EU-Regelung vor.

Reiner Priggen (GRÜNE) kritisierte am FDP-Antrag die Tendenz einer Abkehr von Klimaschutzpolitik und lobte die Wirkungen von Kyoto, das eben von Japan unterzeichnet worden sei. Auf Russland warte man, während die USA ihre Ignoranz nicht aufzugeben bereit seien und am meisten Energie verschwendeten. Die deutschen Vorleistungen kämen im EU-Entwurf zu kurz.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) sah Chancen für den NRW-Export ökologisch verträglicher Produkte und Produktionsprozesse. Im Wohnungsbereich könne durch Erdwärme-Nutzung Energie eingespart werden. Alle Wege zu einem Emissionshandelssystem seien willkommen. Der EU-Entwurf beschränke jedoch die Unternehmenschancen. Es dürfe keine Wettbewerbsverzerrungen und keine Investitionshemmnisse für die Braunkohle geben.

Maßregelvollzug: Weniger Ausgang für Täter

Der Landtag verabschiedete den von der CDU eingebrachten Änderungsentwurf zum Maßregelvollzugsgesetz (Drs. 13/608) nach dritter Lesung und kontroverser Debatte am 5. Juni in der vom Sozialausschuss empfohlenen Fassung (Drs. 13/2606).

Michael Scheffler (SPD) bedauerte, dass die Änderungen nicht von allen Fraktionen getragen würden, und kritisierte erhebliche Mängel am CDU-Entwurf. Aufgrund eines Expertengesprächs würden jetzt die Angebote der Nachsorge verbindlicher geregelt. Das sei ein wichtiger Beitrag, die Rückfallquote zu senken. Die Kliniken sollten Institutsambulanz einrichten. Bei Patienten, die keine Lockerung erhalten könnten, dürfe nur noch Ausführung, aber nicht Ausgang zugelassen werden.

Rudolf Henke (CDU) betonte, die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus könne nur bei fehlender oder verminderter Schuldfähigkeit für eine rechtswidrige Tat erfolgen und wenn der Täter für die Allgemeinheit gefährlich sei. Zentraler Grund sei der Schutz der öffentlichen Sicherheit. Nur wenn diese gewährleistet sei, gebe es Vertrauen für den Maßregelvollzug. In NRW gebe es für 1 700 psychisch kranke Täter nur gut 1 100 Plätze. Die CDU wolle den Vorrang des Schutzes der Allgemeinheit im Gesetz verankern, auch bei Unterbringung in der Allgemeinpsychiatrie. Henke zitierte auch den CDU-Vorschlag, Besuche zu überwachen und vor Vollzugslockerungen ein zweites externes Gutachten bei schweren Delikten vorzusehen, und bedauerte, dass die Mehrheit dem nicht zustimme.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) lehnte den rot-grünen und auch den CDU-Änderungsentwurf ab und trat für Änderungen in der täglichen Praxis ein. Durch räumliche Enge und

Mangel an Personal braue sich schwer beherrschbares Aggressionspotential zusammen, das jederzeit explodieren könne. Das sei das größte Sicherheitsrisiko, wovon vor allem das Klinikpersonal betroffen sei. Die Situation in den Kliniken sei dramatisch. Die FDP habe aber auch Datenschutz-Bedenken und kritisiere die Aushöhlung der ärztlichen Schweigepflicht. Durch längere Verweildauer in den NRW-Kliniken auf durchschnittlich sieben Jahre werde der Maßregelvollzug immer teurer und schlechter.

Barbara Steffens (GRÜNE) warf der CDU vor, den Expertenaussagen nicht gefolgt zu sein und auf überflüssigen und falschen Änderungen zu bestehen. Außer bei Nachsorge und Personal sei am guten Gesetz nichts zu ändern. Die Regelung zum Ausgang sei eine Klarstellung. Beim Datenschutz gebe es keine Aushöhlung, sondern nur genauere Definition. Die sehr viel geringere Rückfallquote beim Maßregelvollzug als im normalen Justizvollzug sei möglich, weil Therapie vorangestellt werde und nicht Sicherheit und Wegsperrungen.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) betonte sowohl den Schutz der Bevölkerung als auch möglichst gute Therapie der Straftäter. Die Ausführung des Gesetzes in der täglichen Praxis sei das Entscheidende. Mehr Therapieangebote und damit erhöhte Sicherheit werde durch die neuen Plätze erreicht. Übergangslösungen scheiterten oft an Ablehnung und Protest. Die CDU entziehe sich der Mitverantwortung für neue Standorte.

Anhörung des Umweltausschusses zum Klimaschutz

Der Ausschuss für Umweltschutz hörte am 8. Mai Sachverständige zum Klimaschutzkonzept NRW an. Dabei wurden auch der EU-Richtlinienentwurf und das Thema Zertifikatshandel (siehe Bericht über die Plenardebatte Seite 10) angesprochen. Sprecher der Landwirtschaft und der Automobilindustrie äußerten sich zur Schadstoffreduzierung in ihrer Branche (Ausschussprotokoll 13/579).

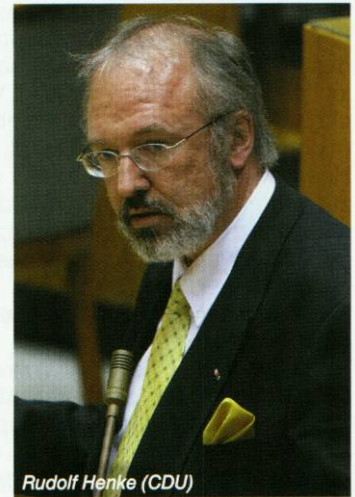
Herbert Nickel (Bundesverband der Deutschen Industrie) sagte, ob das Emissionshandelssystem, das auf europäischer Ebene diskutiert werde, der Industrie Vorteile bringe, sei völlig unklar. Die Kostenfrage sei schwierig zu beantworten und stehe im Vordergrund. Er machte auf völlig unterschiedliche Bedingungen für Emissionshandel bei Energieversorgern und in der produzierenden Wirtschaft aufmerksam. Etwa bei der Stahlerzeugung könne kein CO₂-Ausstoß mehr gemindert, sondern könnten nur Rechte gekauft werden. Karl Kress (CDU) erläuterte, NRW habe bereits ein Handelsbüro für CO₂-Zertifikate er-

öffnet. Es werde von einem Zertifikatspreis von 33 Euro pro Tonne gesprochen. Auch CO₂-relevante Gase müssten im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Stefan Lechtenbömer (Wuppertal Institut) stimmte zu, alle Kyoto-Gase einzubeziehen, bezifferte aber auch den CO₂-Anteil am Treibhauseffekt auf 90 Prozent.

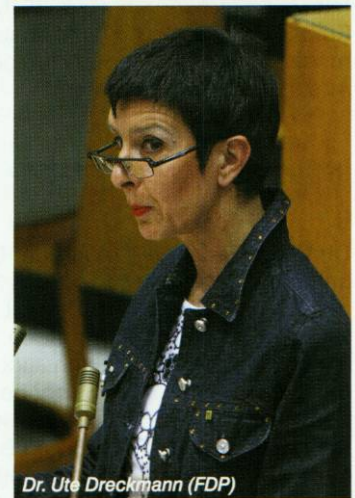
Er sah sehr gute Exportchancen für deutsche Umwelttechnologie und Chancen für Arbeitsplätze durch Emissionshandel. Dr. Manfred Walbeck (Forschungszentrum Jülich) wies auf Probleme durch die deutsche Vorreiterrolle hin.



Michael Scheffler (SPD)



Rudolf Henke (CDU)



Dr. Ute Dreckmann (FDP)



Barbara Steffens (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Abzocke oder Beitrag zum Landeshaushalt? – Gebührenpläne in der Kontroverse

In namentlicher Abstimmung hat der Landtag Anfang Juni einen Verzicht auf Studien- bzw. zusätzliche Semestereinschreibgebühren zur Sanierung des Landeshaushalts abgelehnt. Das hatten CDU und FDP in einem mündlich eingebrachten gemeinsamen Antrag gefordert. Mit 110 gegen 102 Stimmen verwarfen die Abgeordneten dieses Ansinnen der beiden Oppositionsfraktionen. Die Sitzung des Landtags war von – nach der Geschäftsordnung des Landtags nicht erlaubten – Protesten von Studierenden begleitet, die von der Zuschauertribüne Flugblätter in den Plenarsaal warfen. Im Ergebnis wurde der CDU-Antrag „Keine Studentensteuer für alle“ (Drs. 13/2656) in direkter Abstimmung abgelehnt; der FDP-Antrag „Keine Rückmeldegebühren in NRW – Haushaltssanierung nicht auf Kosten der Studierenden und Hochschulen“ (Drs. 13/2659) in die Ausschussberatung verwiesen.

das Erststudium sei, werde es einfach anders genannt. Aber das ändere nichts daran, dass den Studierenden das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, ließ keinen Zweifel daran, dass ihre Fraktion ein Studienkontenmodell anstrebt. Dieser Beschluss sei für sie Grundlage der Haushaltsberatungen, in deren Verlauf man gründlich mit dem Koalitionspartner und den Studierenden über die anstehenden Konzepte diskutieren werde.

Helmut Stahl (CDU) monierte, mit den Gebühren sei keine Perspektive verbunden außer der, der „Bodenlosigkeit des Haushaltslochs“. Wenn versprochen werde, in den kommenden Jahren die Regelung zu überprüfen, „ist das für mich so, als ob mir ein Alkoholiker verspricht, ab 2005 nicht mehr zu trinken“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wies auf die geplanten Ausnahmeregelungen hin, in denen die Gebühr wegfallen solle: BAföG-Empfänger, Austauschstudenten, Teilnehmer an Förderprogrammen, beurlaubte Studenten. Vorgesehen sei auch die Rücksicht auf besondere Lebenslagen, etwa würde für Kindererziehungszeiten die doppelte Regelstudienzeit vorgesehen, zwei Semester extra gebe es für Mitwirkung an Organen der Hochschule oder als Gleichstellungsbeauftragte.

„Soziale Selektion“

Dr. Jürgen Rüttgers, Fraktionsvorsitzender der CDU, lehnte einen Aufschub der Debatte bis zu den Haushaltsberatungen ab: „Es geht darum, jetzt zu diskutieren und Schlimmes zu verhindern.“ Es gebe offenbar Differenzen unter den Koalitionspartnern. Im Kern gehe es aber, wie sich bestätigt habe, darum, den maroden Haushalt zu sanieren und nicht die Studienbedingungen im Land zu verbessern. Das „unfaire und unsoziale Abkassiermodell“ werde dazu führen, dass weniger junge Menschen studieren.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, erinnerte daran, die SPD mache es sich mit dieser Frage nicht leicht, die Gebühren würden sehr kritisch diskutiert. Aus eigener Erfahrung und aus der Praxis anderer Länder, in denen es Gebühren für Einschreibung, Rückmeldung, Immatrikulation gebe, wisse er, dass solche Gebühren nicht zu einer sozialen Selektion führten. Angesichts der Haushaltslage müssten auch die Universitäten einen Beitrag leisten. Ziel sei, dass die Hochschulen ab 2005 die Hälfte und ab 2006 die gesamte Summe der Mittel erhalten werden.

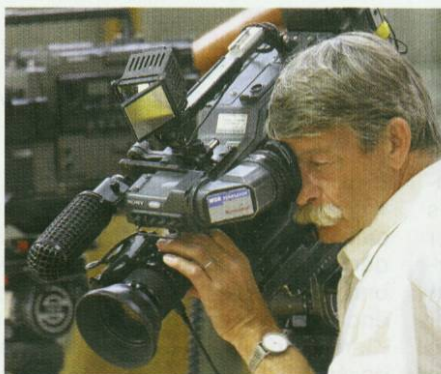
Manfred Kuhmichel (CDU) urteilte, „überfallartig, völlig undifferenziert und ohne Gegenleistung werden die Studierenden zur Sanierung der kaputten Landesfinanzen verdonnert“. Wer so handle, „verspielt Vertrauen, bricht Versprechen und verrät so ganz nebenbei auch noch seine rot-grüne Klientel an den Hochschulen“. Die Gebühren gerieten zu bloßen Studentensteuern. Das Parlament sollte seine Chance nutzen und der Regierung klar machen, dass Überlegungen zur Erhebung von solchen Studentensteuern keine Chance haben.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) sah in den Gebühren „pures Abkassieren, um Haushaltslöcher zu stopfen“. Es stecke kein bildungspolitisches Konzept dahinter. Das aus den Gebühren erwartete Aufkommen von etwa 30 Millionen Euro sei bei einem Haushaltsloch von rund 1,4 Milliarden „eine finanzpolitische Absurdität ersten Ranges“.

Studienkontenmodell

Dietrich Kessel (SPD) warf der CDU vor, bei ihr stehe die Einführung von Studiengebühren ganz oben auf der Liste der hochschulpolitischen Vorhaben. Die Belastung der Studierenden und Eltern durch ein Studium seien sehr hoch, aber auch für den Staat. Dem Wunsch nach lebenslangem Lernen und Studieren ohne jede finanzielle Beteiligung könne nicht entsprochen werden. Es liege im Interesse des Staates, dass Studierende in einem überschaubaren Zeitraum ihr Studium abschließen, dazu sei das nordrhein-westfälische Studienkontenmodell der richtige Weg.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) fand, „bei allem Verständnis für die schwierige Situation des Finanzministers frage ich mich, ob dieser Vorschlag in der jetzigen Ausgestaltung und zum jetzigen Zeitpunkt ein guter Beitrag in der bildungspolitischen Zielsetzung des Landes ist“. Es werde über Gebühren geredet, „obwohl wir uns in der Hochschulpolitik noch nicht über die Zielsetzungen eines ganzheitlichen Konzeptes zur Bildungsfinanzierung verständigt haben“.



Im Blickpunkt der Medien – die Plenardebatte über Pläne einer Einschreibgebühr für Studierende an den Hochschulen des Landes. Foto: Schälte

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) stellte richtig: Es gehe bei dieser Debatte nicht um Studiengebühren, sondern um Verwaltungsgebühren, und die seien nun einmal kein Beitrag der Studierenden zu den Kosten ihrer Ausbildung. Natürlich könne man streiten, ob die in Rede stehenden Gebühren angemessen sind oder nicht, aber es sei nicht per se unbillig, wenn die Regierung darüber diskutiert, in einem bestimmten Zeitraum auch einen Beitrag von Studierenden zum administrativen Aufwand zu erwarten.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) fürchtete für den Fall, dass die erwarteten Einkünfte nicht eintreten, im Hochschulbereich „weitere Grausamkeiten“, etwa Streichungen bei Programmen zur Verbesserung von Forschung und Lehre oder bei den Studentenwerken.

Ernst-Martin Walsken (SPD) warf der Opposition vor, sie wolle der Regierung Schwierigkeiten machen, obwohl sie kein Alternativkonzept habe. Als Haushaltspolitiker wäre er froh, sagen zu können, die Gebühren seien nicht notwendig. Aber wenn doch, wo solle an anderer Stelle gespart werden – bei der Polizei, beim Verkehr, bei der Inneren Sicherheit?

Joachim Schultz-Tornau (FDP) wollte nicht in der Haut der Verantwortlichen stecken, wenn die Gebühr gerichtlich überprüft werde, ob sie angemessen sei. Weil man formal gegen Gebühren für

PISA und die Folgen – gemeinsam auf der Suche nach Lösungen aus der Misere

Auf Antrag der SPD und der GRÜNEN hat sich der Landtag mit dem Thema befasst „Erste Konsequenzen aus der PISA-Studie – Schritte zu einer umfassenden Reform des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen für mehr Chancengleichheit und Qualität“. Der Antrag (Drs. 13/2660) wurde am 6. Juni einstimmig zur Beratung und Abstimmung an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie an fünf weitere Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Brigitte Speth (SPD) nannte als Folge, die für das Bildungswesen hierzulande aus den Befunden der PISA-Studie und aus Informationsreisen nach Finnland und Schweden zu ziehen ist: „Alle Einrichtungen müssen die Stärken der Kinder stärken und ihre Schwächen, so weit es irgend geht, beheben. Das muss die Grundphilosophie in unserem Schulwesen werden.“ Die Chancengleichheit müsse stärker verwirklicht werden, denn „nirgendwo sonst ist der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Leistung in unseren Schulen so groß wie bei uns“. Schon im Kindergarten sei Zeit, Kinder in der Sprache zu fördern. Beim Übergang in die Grundschule müsse der individuelle Förderbedarf für Kinder verbindlich festgelegt werden. Was die Ganztagsgrundschule angehe, so wolle man hier im kommenden Jahr mit dem flächendeckenden Ausbau der Ganztagsgrundschule beginnen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte das Leitmotiv, „dass wir mehr Leistung durch Fördern statt Aussortieren wollen“. Im derzeitigen Bildungssystem hätten die Kinder noch nicht einmal ansatzweise eine „echte, gleiche und gerechte Chance auf eine ihnen gemäße Förderung und Un-

terstützung“. Letztlich brauche man gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Erziehung der Kinder und für Bildung insgesamt. Die Institutionen hätten sich auf die Kinder einzustellen, Kinder sollten nicht für diese Institutionen „passend“ gemacht werden. Sie müssten in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Gestaltung der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts bedürfe einer großen und tiefgehenden Verständigung in der Gesellschaft, betonte sie.

Bernhard Recker (CDU) sah in der Aufforderung des Antrags von SPD und GRÜNEN „im Grunde eine Bankrotklärung erster Güte einer Regierungskohalition“. Dennoch sei seine Fraktion bereit, die Ergebnisse zu analysieren und „ergebnisoffen entsprechende Konsequenzen zu ziehen“. Aber man werde nicht für das Versagen in der Schulpolitik der letzten 35 Jahre mit einstehen. Wenn man den vorgelegten Antrag ansehe, so enthalte er viele Vorschläge, die die CDU jahrelang – vergeblich – gefordert habe, andere seien zwar richtig, blieben aber auf halbem Wege stehen. Es werde ein Sammelsurium an Ideen und Vorschlägen ausgebreitet, ohne zu beweisen, wie es umgesetzt werden solle. Andererseits würden viele Bereiche, „die geradezu nach einer Veränderung schreien“, außen vor gelassen. Eine Reform müsse so aussehen, dass die quantitative Bildungsexpansion mit einer klaren Qualitätssteigerung einhergehen müsse. Berufliche Bildung sei gleichrangig neben anderen Schulformen zu sehen. Der Weiterbildungssektor müsse zu einer gleichberechtigten Säule neben der Erstausbildung werden. In einer anzustrebenden ganzheitlichen Erziehung – heute könnten Bildungsinhalte aufgrund massiver Erziehungsdefizite oft kaum noch vermittelt werden – müssten Schule und Jugendhilfe intensiv zusammenarbeiten.

Ralf Witzel (FDP) betonte ebenfalls den Willen zur Zusammenarbeit: „Es wird keine richtige und in der Sache notwendige Initiative in Zeiten von PISA an unserer fehlenden Unterstützung und Zustimmung scheitern.“ Für seine Partei sei wichtig, dass Ganztagsangebote im fairen Wettbewerb aller Schulen eingerichtet werden. Ausdrücklich werde die Leitlinie „Fördern statt Fordern“ mit getragen. Differenzen zum Antrag gebe es da, wo dieser auf den Trend zunehmend integrativer Schulsysteme setze, die hätten mit denen im Ausland, wo es sich um hoch differenzierte Systeme handele, wenig zu tun. Leistung dürfe auch nicht länger rein formal betrachtet werden; es gehe vielmehr darum, „was sich tatsächlich hinter erteilten Zertifikaten befindet“.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) wies auf den von der Studie aufgezeigten inneren Zusammenhang von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Qualitätsentwicklung. Deutlich werde aber auch, dass gerade durch Bemühungen im „unteren“ Bereich die Voraussetzungen geschaffen werden, das gesamte Leistungsniveau zu verbessern. Eine breite Bildungsbeteiligung, mehr höhere Bildungsabschlüsse und hohes Leistungsniveau schlossen sich nicht gegenseitig aus, sondern bedingten einander. Selektion bewirke keine Steigerung von Leistung; systematische Qualitätssicherung bedeute immer auch eine konsequente Förderorientierung, stellte die Ministerin fest und unterstrich die Fortschritte des Landes beim Ausbau des Ganztagsangebots. Der CDU riet sie, vom Begriff „Begabung“ Abstand zu nehmen, er taue nicht für die bildungspolitische Debatte. Nicht zuletzt mit Blick auf Erfurt sagte die Ministerin, dass für Schülerinnen und Schüler das Gefühl notwendig sei, sich von der Schule angenommen zu sehen und nicht fürchten zu müssen, „dass Schule für sie unter Umständen zur persönlichen Katastrophe wird und die Schullaufbahn in einer Sackgasse endet, in der es keine Abschlüsse mehr gibt“.



Ralf Witzel (FDP)



Manfred Degen (SPD)



Klaus Kaiser (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Kontinuierliche Lernprozesse und kürzere Schulzeiten will die FDP mit ihrem Vorschlag erreichen, künftig an den Schulen des Landes im Halbjahresrhythmus einzuschulen und zu versetzen. Mit der halbjährlichen Versetzung könnten Schüler leichter ihre Defizite ausgleichen und ihre Bildungsverläufe individueller gestalten, warb Ralf Witzel (FDP, im Bild o.l.). Für Manfred Degen (SPD, o.r.) ist der Vorschlag nichts als der Versuch, den Druck auf die Schüler zu erhöhen: Wenn zweimal versetzt werde, könne man auch zweimal sitzen bleiben. Es gebe mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Klaus Kaiser (CDU, u.l.) fand die FDP-Initiative wegen des höheren Bedarfs an Lehrern, der damit verknüpft sei, nicht finanzierbar. Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende u.r.), sah keinen Anlass zu glauben, ein erhöhtes Tempo führe automatisch zu mehr Leistung in der Schule. Der FDP-Ansatz sei zu „mechanistisch“ und nehme überhaupt keine Rücksicht darauf, wie viel Stress Kinder heute schon wegen Versetzungen im Elternhaus haben. Fotos: Schälte

SPD: Gebührenfreie Notfall-Faxnummern und Gütesiegel für Brustkrebszentren

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Michael Scheffler, fordert bundesweit einheitliche und gebührenfreie Notfall-Telefaxnummern. In einem Brief an Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) verweist Scheffler auf rund 1,5 Millionen hör- und sprachgeschädigte Menschen in Deutschland, die nicht telefonieren können. Das am 1. Mai 2002 in Kraft getretene Bundesgleichstellungsgesetz für behinderte Menschen formuliere die Barrierefreiheit als gesellschaftliches Ziel. Daraus ergebe sich der dringende Handlungsbedarf.

„Noch immer existieren in den Polizeizentralen, den Feuerwehr- und Rettungsstellen in den

Ländern und Gemeinden eine Vielzahl von Notfall-Telefaxnummern, sodass die notwendige Hilfe in dringenden Fällen nicht immer so schnell gewährt wird, wie es die Anrufer von 110 und 112 normalerweise gewöhnt sind“, schreibt Scheffler in seinem Brief an den Innenminister. Hinzu komme, dass die entsprechenden Faxgeräte häufig für andere Zwecke genutzt würden und zudem nicht unter ständiger Beobachtung stünden.

★

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollen strengere Kriterien für Brustkrebszentren bezüglich Qualitätskontrolle, fachliche Fortbildung

und Zulassung erarbeitet und im Ergebnis das Gütesiegel „Brustzentrum NRW“ vergeben werden. Inge Howe, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“, machte im Anschluss an die gestrige Expertenanhörung ihrer Fraktion zum Thema „Brustkrebskrankungen bei Frauen“ deutlich: „Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die Frauen umfassend über Brustkrebs und die Behandlungsmöglichkeiten zu informieren und ihnen die Sicherheit geben, dass auch die Durchführung von Mammographien nach anerkannten internationalen Leitlinien erfolgt.“

CDU: Steuerverschwendung, Filz und Vetternwirtschaft müssen auf den Prüfstand

„Die aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der landeseigenen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Landes (GfW) zeigen Steuerverschwendung, Filz und Vetternwirtschaft. Das Geflecht von Landesregierung, Landesgesellschaften und ihrem Umfeld bedarf der genauen Durchleuchtung durch den Landesrechnungshof und der Aufarbeitung durch parlamentarische Gremien. Das fordert Michael Breuer, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Haushaltskontrolle. Offensichtlich ist das Gebaren eines GfW-Geschäftsführers in den 90er Jahren nur die Spitze des Eisberges. Wie brisant das Ganze

ist, zeigt sich an dem gut 90-seitigen Sonderbericht des Landesrechnungshofes an den Landtag. „Das ist leider eine regelrechte Fundgrube für Steuerverschwendung, Filz und Vetternwirtschaft. Wir werden nach der politischen Verantwortung für solche Vorgänge fragen. Wenn es in einer Landesgesellschaft drunter und drüber geht, dann gibt es strukturelle Probleme. Das muss aufgeklärt werden“, so Michael Breuer. Besonders schwer wiegt die rechtswidrige Auftragsvergabe. Drei Fälle hat der Landesrechnungshof untersucht und bei allen schwerwiegende Mängel und rechtswidriges

Verhalten festgestellt. Dies musste jetzt die Landesregierung einräumen. Die CDU begrüßt es daher, dass der Landesrechnungshof auch andere Landesgesellschaften prüft. „Wir möchten gerne zügige Ergebnisse dieser Prüfungen sehen“, drückt der CDU-Fachmann auf Tempo. Die Verschwendung koste den Menschen im Land Steuergelder in erheblichem Umfang. Offensichtlich habe die Landesregierung auch den Überblick über das von ihr aufgebaute Mitteilungsgeflecht verloren. „Da muss aufgeräumt werden!“, ist sich Michael Breuer sicher.

FDP: Finanzminister muss Klarheit schaffen

Die Haushaltssperre könnte für Eltern und Kinder unangenehme Folgen haben: Die Weiterfinanzierung von Angeboten zur Betreuung am Mittag und Nachmittag in Schulen und Kindertageseinrichtungen steht für das nächste Schuljahr zur Disposition. „Im Gegensatz zu Hort- und Kindergartenplätzen werden die verschiedenen Programme ohne gesetzliche Verpflichtung aus dem Landeshaushalt finanziert. Dieser Umstand macht sich jetzt schmerzlich bemerkbar“, erklärte der familienpolitische Experte der FDP-Landtagsfraktion, Christian Lindner. Betroffen seien Betreuungsformen wie etwa „13plus“ an Grund-

schulen oder der „Schülertreff in Tageseinrichtungen“, aber auch die gerade erst angekündigte Sprachförderung in Kindergärten. Würden die Mittel aus Düsseldorf ausfallen, könnten die Kommunen dies angesichts ihrer ebenfalls stark angespannten Haushaltslage nicht ausgleichen, vermutet der FDP-Politiker. Der Wegfall wäre für viele Eltern dramatisch: „Die bestehenden Programme zur Nachmittagsbetreuung sind unterfinanziert und haben trotz der Ergebnisse der PISA-Studie nur geringe pädagogische Standards – aber sie sind angesichts des immensen Bedarfs für die Eltern unverzichtbar.“

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit hatte jüngst mitgeteilt, dass beim Finanzminister Anträge auf Freigabe der Mittel für diese Aufgabe gestellt worden seien. Eine Rückmeldung von NRW-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) stehe freilich aus. Lindner appellierte an die Landesregierung, sich nicht hinter Zuständigkeiten zu verstecken: „Für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben ist die Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung entscheidend. Wegen der jetzt entstandenen Unsicherheiten muss der Finanzminister umgehend Klarheit schaffen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

GRÜNE organisierten Fachveranstaltung: „Selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen“

Die Fraktion der GRÜNEN hat VertreterInnen von Kommunen, Landschaftsverbänden, Trägern und der Landesregierung zu einer Fachveranstaltung in den Landtag eingeladen. Thema war die beabsichtigte Zusammenführung der Zuständigkeiten für das Wohnen von Menschen mit Behinderungen bei den Landschaftsverbänden. Obwohl ein großer Bedarf an Betreutem Wohnen besteht, entwickelt sich das Angebot vielerorts nur unzureichend. Dabei stärkt das selbstständige ambulante Wohnen die Autonomie von Menschen mit Behinderungen und ist damit eine Alternative zu den

traditionellen Heimplätzen. Stattdessen nimmt die Zahl der traditionellen Wohnheime für Behinderte kontinuierlich zu. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung liegt in der Aufspaltung der Zuständigkeit. Durch die Bündelung der Zuständigkeiten in eine Hand soll ein bedarfsgerechter Ausbau des Betreuten Wohnens erreicht werden. Ein von GRÜNEN und SPD in den Landtag eingebrachter Antrag sieht vor, den Landschaftsverbänden die finanzielle Gesamtordnung zu geben, um darüber vorrangig das Betreute Wohnen fördern zu können. Die geplante Zusammenführung der Zu-

ständigkeits stieß bei den TeilnehmerInnen der Veranstaltung auf breite Zustimmung. Bei dem mit 70 Besuchern gut besuchten Fachgespräch wurde darauf hingewiesen, dass es keine starren Personalschlüssel geben dürfe. Vielmehr müssen die Hilfen nach dem individuellen Bedarf des Einzelnen ausgerichtet werden. Wichtig sei auch, dass die bereits in einer Reihe von Kreisen und Städten vereinbarten Standards bezüglich Hilfe und Personal erhalten bleiben. Eine entsprechende Rechtsverordnung wird derzeit durch das Sozialministerium erarbeitet.

Ehemaliger Innenminister Schnoor ist 75 geworden

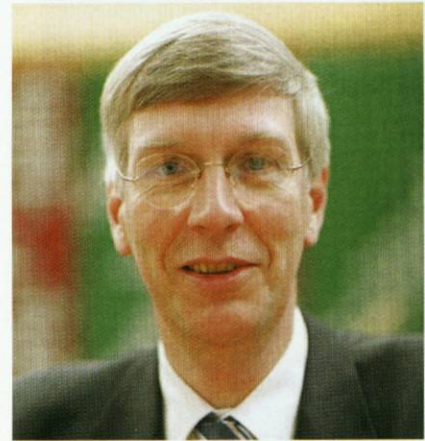
Der langjährige Innenminister des Landes und SPD-Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags von 1980 bis 1995, ist am 1. Juni 75 Jahre alt geworden. Der im ostfriesischen Aurich geborene Jurist war im Kultusministerium und Innenministerium tätig, bevor er Staatssekretär im Wissenschaftsministerium unter Johannes Rau wurde. 1975 wurde er zum Chef der Staatskanzlei ernannt. Ab 1980 war er 15 Jahre lang nordrhein-westfälischer Innenminister und von 1988 bis 1995 Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Schnoor vertrat eine liberale Auffassung in seinem Wirken als Innenminister, was seine politischen Gegner oft als „weiche nordrhein-westfälische Linie“ brandmarkten. Inzwischen nach Werder bei Potsdam umgesiedelt, übernahm er dort im Jahr 2000 den Vorsitz einer Untersuchungskommission zum brandenburgischen Maßregelvollzug und arbeitete danach in der so genannten Süsmuth-Kommission mit.

Hansheinz Hauser wird 80

Hansheinz Hauser, von 1958 bis 1972 Mitglied der CDU-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen, ist am 23. Juni 80 Jahre alt geworden. Der gebürtige Krefelder — von 1968 bis 1982 war er Oberbürgermeister seiner Heimatstadt (ein Amt, das schon sein Vater ausgeübt hatte) — wechselte 1972 in die Bundespolitik und gehörte dem Deutschen Bundestag bis 1990 an. Als selbstständiger Bäckermeister engagierte er sich in Ehrenämtern seiner Innung und in der Mittelstandspolitik. Seit 1985 war Hauser Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf und wirkte als Vorsitzender des Nordrhein-Westfälischen Handwerksta-

Porträt der Woche

Ingo Wolf ist einer der eifrigsten Redner im Düsseldorfer Landtag. Obwohl der 47-jährige FDP-Abgeordnete erst seit 2000 dem Parlament angehört, hat er bereits zwanzig Mal im Plenum gesprochen. In „seinen“ Ausschüssen, dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik brachte er es in dieser kurzen Zeit sogar auf mehr als 80 Beiträge. Der massive Einsatz hat viel damit zu tun, dass der frühere Oberkreisdirektor und Kreispolizeichef in Euskirchen auf fast allen Gebieten fit und damit auch für spontane Einsätze gut ist. Bedauerlich findet es der ehemalige Verwaltungsmanager nur, dass die Umsetzungsgeschwindigkeit im Landtag „schlicht miserabel“ ist. Als Oppositionspartei sei es ohnehin schwierig, etwas zu bewegen. Die FDP habe sich heftig bemüht, die Liberalisierung der Sperrzeiten bei Gaststätten voranzutreiben und sei damit ja auch schließlich erfolgreich gewesen. Doch beispielsweise sei die Ladenschlussproblematik noch immer nicht befriedigend geregelt. „Es gibt noch viele andere Bereiche, von denen ich sage: „Da müsste was passieren.“ Für einen Liberalen sei es einfach unglaublich, dass man oft für solche kleinen Fortschritte fast Jahrzehnte brauche. „Es ist zu wenig Bewegung“, bilanziert er ein wenig enttäuscht.



Dr. Ingo Wolf (FDP)

vertretender Stadtdirektor in Euskirchen und 1993 bis 1999 Oberkreisdirektor und Kreispolizeichef in Euskirchen.

In die FDP trat Wolf 1988 ein. „Es gab keinen konkreten Anlass dafür“, erinnert er sich heute. „Mit dem Herzen war ich schon immer bei der FDP.“ Mit dem Parteieintritt signalisierte er wohl mehr seine Bereitschaft nach langer Sympathisantenschaft, sich auch nach außen parteipolitisch zu engagieren. Der Jurist war in seiner Partei ein gefragter Mann, hielt sich aber auf seinen Posten als stellvertretender Stadtdirektor und dann als Oberkreisdirektor parteipolitisch zurück. Erst als 1999 seine Kandidatur als Landrat scheiterte, griff der Vater von drei Kindern zu, als ihm Parteifreunde die Kandidatur für den NRW-Landtag antrugen. Als 22. schaffte er den Sprung in das Landesparlament.

Obwohl er über die Reserveliste gewählt wurde, pflegt der Liberale seinen Wahlkreis sorgfältig. „Ich habe ein Wahlkreisbüro, aber die Veranstaltungen finden zu meist vor Ort statt“, sagt Wolf. Das hängt damit zusammen, dass er einen flächenmäßig mit 1250 Quadratkilometern großen, aber mit 186 000 Bürgern bevölkerungsarmen Wahlkreis betreut. „Logischerweise sind meine Reiseaktivitäten dadurch besonders groß“, meint er lachend und fügt hinzu: „Außerdem bin ich für die Bürger jederzeit über Handy zu erreichen.“

So gut sich die Arbeit für den FDP-Landtagsabgeordneten Wolf in Düsseldorf auch angelassen hat, sie wird nur eine kurze Episode in seiner beruflichen Karriere bleiben. Wegen seiner Fähigkeiten und sicher auch wegen seines Bekanntheitsgrades hat die NRW-FDP ihn als Bundestagskandidaten ausgeguckt. Auf dem Landesparteitag in Gütersloh kam er auf Platz neun der Landesliste und ist damit so gut wie sicher ab September Bundestagsabgeordneter im Berliner Bundestag. Der FDP-Mann der früher in seiner Freizeit Feldhockey-Bundesligaspieler bei Rot-Weiß in Köln war und heute Inlineskating macht und Fahrrad fährt, scheidet mit einem lachenden und einem weinenden Auge aus Düsseldorf: „Ich glaube, die FDP ist ein belebendes Element im Landtag.“ In jedem Fall will der FDP-Mann die Kontakte, die er in der Landespolitik geknüpft hat, weiter pflegen.

Gerlind Schaidt

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Vorliebe für Kommunales

Zentrales Anliegen des in der Wolle gefärbten Kommunalpolitikers ist eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen und damit eng verbunden der Abbau von Bürokratie. Für Wolf ist klar, dass angesichts der sich dramatisch verschlechternden Finanzlage die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Finanzreform alle anderen Themen überstrahlt. Der FDP-Abgeordnete: „Es gilt nun mal der Grundsatz: Ohne Moos nichts los.“ Im Rahmen einer Neuordnung der gesamtstaatlichen Finanzen fordern die Liberalen die Abschaffung der Gewerbesteuer und plädieren für ein eigenes kommunales Hebesatzrecht auf Einkommen und auf die Körperschaftsteuer. Natürlich ist Wolf klar, dass seine Liberalen — noch dazu aus der Rolle der Opposition —, so ein Mammut-Projekt kaum wirksam anstoßen können. Deshalb fordert der Liberale für die kleineren Parteien ein größeres Mitspracherecht zumindest in den Räten.

Seine Vorliebe für das Kommunale hat sich bei Ingo Wolf wohl durch die praktische Erfahrung ergeben. Der 1955 in Braunschweig in einem liberal geprägten Elternhaus geborene und seit seinem zweiten Lebensjahr in Köln aufgewachsene Wolf studierte in Köln Rechtswissenschaft, machte 1980 sein erstes Staatsexamen, absolvierte sein Rechtsreferendariat von 1981 bis 1983 in Aachen. Das zweite Staatsexamen legte er 1983 ab. Von 1983 bis 1984 arbeitete er als Richter am Landgericht Aachen. Danach war er bis 1989 Geschäftsführender Assistent am Institut für Energierecht an der Kölner Universität. 1989 folgten die Promotion und die Zulassung als Anwalt. 1990 bis 1993 war er stell-

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 26. Juni bis 2. Juli 2002

- 23.6. **Wolfgang Röken** (SPD), 59 J.
- 26.6. **Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU), 51 J.
- 29.6. **Dr. Rolf Hahn** (CDU), 65 J.
- 30.6. **Gunther Sieg** (SPD), 66 J.
- 2.7. **Clemens Pick** (CDU), 55 J.

★

Rainer Schmelzer (SPD) ist zum neuen Vorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Schmelzer, Landtagsabgeordneter aus dem Kreis Unna, wurde mit 77 Prozent der Stimmen in sein neues Amt gewählt.

★

Dr. Helmut Linssen (CDU) ist am 21. Juni 60 Jahre alt geworden. Der gebürtige Krefelder ist von Beruf selbstständiger Kaufmann und gehört seit 1972 der CDU an. In den Landtag kam er 1980, heute vertritt er als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Kleve I. Linssen ist Vorsitzender und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Seit Dezember 2000 amtiert er als 1. Vizepräsident des Landtags NRW. Neun Jahre war er bis 1999 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, zuvor war er vier Jahre Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU. Seit 1990 ist der Politiker Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Im Landesvorstand der Mittelstandsvereinigung seiner Partei wirkt er seit 1984 mit. Stellvertretender Vorsitzender ist Linssen in Ältestenrat und im Ständigen Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung.

★

Parlamentarischer Abend

„Musik braucht Förderung“ – unter diesem Motto steht der parlamentarische Abend am 26. Juni in der Wandelhalle des Landtags, zu dem die Landesmusikakademie NRW e.V. eingeladen hat. Auf dieser Veranstaltung will die vor 13 Jahren gegründete landeszentrale Einrichtung zur Fort- und Weiterbildung von Laienmusikern, Musikpädagogen und hoch begabten Nachwuchsmusikern des Landes über die Erfolge ihrer Arbeit informieren.

★

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 27. Juni 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Farbe bekennen seit Wochen fünf internationale Künstler – und vier Helfer – an der Fassade eines Parkhauses vor dem Landtag. Sie arbeiten im Zuge der Aktion „Mural Global“ an einem bunten Werk, das politisch gemeint ist. Auf großen Tafeln stellen sie Themen wie Eine Welt und Zerstörung der Natur dar – so wie sie es sehen: Vielfältig, kontrastreich, drängend. Das auf Initiative des Kunstvereins Farbfieber Anfang Mai in Angriff genommene Werk soll etwa zwei Jahre an den Außenwänden des Parkhauses eines Unternehmens der Telekommunikation hängen bleiben. Unterstützt wird das Projekt von der Landesarbeitsgemeinschaft 3. Welt und dem Kulturamt der Stadt Düsseldorf. Den größten Teil der Finanzierung übernimmt die Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

Foto: Schälte